

Mein Bibelwort zur Corona-Schlagzeile

NZZ am 20.04.20 – 1. Timotheus 4,12 (eigene Übersetzung):

«Sei ein Vorbild in Wort und Lebensweise, liebevoller Zuwendung, Vertrauen und Klarheit.»

Nach der Krise: Wir hoffen auf eine bessere Welt – zu Recht? Seite 8

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 20. April 2020 · Nr. 91 · 241. Jg.

AZ 9021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90



ANDRÉ KAMP / NZZ

Für ein Sechseläuten im Herbst!

Das Bild mit den Blumenkörben wird sich am Montag nicht wiederholen, das Zürcher Sechseläuten fällt bekanntlich aus. Doch der Schriftsteller Ulrich Knellwolf plädiert dafür, den Umzug im Herbst nachzuziehen – mit Maskenpflicht für alle, auch für die Pferde. Schliesslich müsse der Berg an Schutzmassnahmen, über den wir bis dahin ganz sicher verfügen, auch wieder abgebaut werden. *Zürich und Region, Seite 11*

Die Schweiz glänzt als Vorbild

Andere Länder wären bei der Vergabe von Corona-Hilfskrediten gerne gleich effizient

BENJAMIN TRIEBE, HANSJULI SCHÖCHLI

Den Unternehmen in der Corona-Krise schnell helfen, das wollen nahezu alle Länder in Europa. Doch in der Umsetzung gelingt ihnen das nicht immer. Bei Hilfskrediten zeigt sich ein klares Muster: Je stärker der Staat das Ausfallrisiko übernimmt, desto weniger umfassend und schneller ist die Prüfung durch die Geschäftsbanken und desto schneller werden die Darlehen vergeben. Paradebeispiel ist die Schweiz, wo hier bei kleineren Krediten für das komplette Risiko eintritt. Andere Staaten orientieren sich nun daran.

Eine vollständige Staatsgarantie birgt die Gefahr, marode Firmen über Wasser zu halten und die Banken, die in der Finanzkrise nicht selten von Steuergeldern profitieren, aus der Verantwortung zu entlassen. Doch ohne Verzögerung zu helfen, gilt in der Corona-Krise als wichtiger. So übernimmt etwa in Grossbritannien der Staat nur 80 Prozent des Ausfallrisikos – und die Kreditvergabe stockt erheblich. Selbst der Gouverneur der Bank of England, Andrew Bailey, schaltete sich inzwischen ein und nannte die komplette Staatsgarantie als mögliche Lösung. In Deutschland musste die Regierung bei ihrem Hilfspaket nachbessern und einen «Schnellkredit» einführen, bei dem der Staat für 100 statt 90 Prozent des Kreditrisikos eintritt. In Frankreich beträgt die Deckung ebenfalls 90 Prozent, doch Wirtschaftsminister Bruno Le Maire erwartet, dass Banken nicht mehr als 3 Prozent der Kreditträge ablehnen sollen. Im Not-

fall werde der Staat den Unternehmen direkt Geld leihen, ergänzte Le Maire vor wenigen Tagen. Doch es gibt auch andere Hürden: In Grossbritannien dürfen längst nicht alle Finanzinstitute die Hilfskredite vermitteln. In Italien können kleinere Unternehmen zwar einen vom Staat vollständig garantierten Notkredit beantragen – doch die Bürokratie verlangsamt die Vergabe erheblich. Dort ist es das nur eine Seite umfassende Schweizer Formular, das als Musterbeispiel gilt.

Corona-Pandemie

USA: Trump-Anhänger demonstrieren für eine rasche Normalisierung. Seite 3

Italien: Die Menschen im Land hängen um ihre Sommerferien. Seite 4

Interview: Die Zürcher Kantonsrätin ad interim zeigt sich skeptisch. Seite 12

Kreditvergabe: Hierzulande unbürokratisch – und anderswo? Seite 17

Eigentlich haben die Schweizer Politikern den Ruf, dass sie besonders langsam mahlen. Doch in der Krise kann es plötzlich äusserst schnell gehen. Von den ersten Konzeptideen bis zur Umsetzung des milliardenschweren Programms für Notkredite dauerte es laut Beteiligten nur etwa zwei Wochen. Eine solche rasche Umsetzung mit derart breiter Beteiligung sei «nur bei uns möglich», hatte Finanzminister Ueli Maurer am 25. März beim Startschuss für das Programm erklärt. Das Schweizer Programm umfasst für Corona-ge-

schädigte Klein- und Mittelbetriebe zinslose Kredite bis zu 500'000 Franken mit fünfjähriger Laufzeit, die bis maximal sieben Jahre verlängert werden kann. Der Bund übernimmt die volle Ausfallgarantie, weshalb die Banken die Kredite ohne spezielle Bonitätsprüfung und damit sehr rasch vergeben können. Bei grösseren Krediten über 500'000 bis zu 20 Millionen Franken übernimmt der Bund «nur» 85 Prozent des Kreditausfalls. Das Restrisiko bleibt bei den Banken, die in diesen Fällen die Bonität prüfen.

Der Ansturm war enorm. In den ersten sechs Tagen wurden Kredite für etwa 8 Milliarden Franken gesprochen. Die Nachfrage war so gross, dass der Bundesrat weit früher als erwartet beschloss, das Maximum der Bundesgarantie von 20 Milliarden auf 40 Milliarden Franken zu erhöhen. Die Finanzdelegation des Parlaments hat vorderhand nur eine Erhöhung auf 30 Milliarden Franken bewilligt – doch bei entsprechend hoher Kreditnachfrage wäre eine Ausweitung wahrscheinlich.

Dringlich erscheint eine weitere Erhöhung derzeit nicht. Die Zahl der neuen Kreditgesuche hat sich in jüngster Zeit vermindert. Bis zum 16. April hatten die Banken im Segment der vom Bund komplett garantierten «Kleinkredite» insgesamt gut 103'000 Kreditverträge für ein Volumen von total 16,1 Milliarden Franken abgeschlossen. Im Vergleich dazu fällt das Volumen der grösseren Kredite nicht ins Gewicht: Bis zum 16. April lagen laut Bundesangaben 66 Kreditanträge für ein Gesamtvolumen von rund 150 Millionen Franken vor.

London macht Druck beim Brexit

Verlängerung der Übergangsfrist sei keine Option

Am Montag nehmen London und Brüssel die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wieder auf. Trotz Corona-Krise will Grossbritannien an seinem Fahrplan festhalten.

NIKLAUS KUSPLIGER

Das Coronavirus hat die politischen Prioritäten auch in Grossbritannien durcheinandergewirbelt. Im ganzen Land herrscht eine Ausgangssperre, der am Virus erkrankte Regierungschef Boris Johnson erholt sich langsam, und seine Regierung versucht händierend, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Die Aushandlung eines Freihandelsabkommens mit Brüssel und damit der faktische Vollzug des EU-Austritts erschien auf einmal als zweitrangig und verschwand aus den Schlagzeilen. Zudem hatten sich mit Johnsons EU-Berater David Frost und mit dem Brüsseler Chefverhandlungsführer Michel Barnier gleich beide Brexit-Protagonisten mit dem Virus angesteckt – die Verhandlungen kamen gänzlich zum Erliegen.

Am Montag nun wollen die wieder genesenen Frost und Barnier eine einwöchige virtuelle Verhandlungsrunde per Videokonferenz einläuten. Mitte Mai und Anfang Juni sollen zwei weitere Verhandlungsrunden folgen. Seit langem vorgesehen ist im Juni ein Gipfeltreffen, an dem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Johnson Zwischenbilanz ziehen. Dieser Termin ist auch insofern wichtig, als eine Verlängerung der Brexit-Übergangsperiode bis zum 1. Juli vereinbart sein müsste.

Gemäss dem im Oktober besiegelten Austrittsvertrag kann diese Periode, während derer Grossbritannien faktisch zahlendes EU-Mitglied ohne Stimmrecht bleibt, einmalig um ein oder zwei Jahre verlängert werden. Ohne Fristenstreckung läuft die Übergangsphase Ende Jahr aus und sieht das Freihandelsabkommen bis dann nicht bereit, drohen ab Januar 2021 Zölle und ähnliche wirtschaftliche Verwerfungen, wie sie einst bei einem No-Deal-Brexit befürchtet worden waren. Eine Verlängerung der Übergangsfrist nach dem 1. Juli ist nicht ausgeschlossen, aber juristisch viel komplizierter.

Brüssel hofft auf mehr Zeit

EU-Vertreter haben in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, dass sie für eine Verlängerung mehr als nur offen wären. Brüssel erachtete den Zeitplan von Anfang an als zu ambitioniert. Nun monopolisiert die Corona-Krise die Ressourcen, und niemand will die wirtschaftliche Unsicherheit zusätzlich erhöhen. Doch London gilt sich unbeeindruckt: Ein Regierungssprecher betonte, man wolle den Zeitplan «unter keinen Umständen» ändern. «Die Übergangsfrist endet am 31. Dezember dieses Jahres», twitterte auch Unterhändler Frost. «Wir werden um keine Verlängerung bitten, und wenn die EU darum bittet, werden wir Nein sagen.»

Laut Insidern ist der Weg bis zu einem Vertragsabschluss noch weit, zumal bisher erst eine einzige Verhandlungsrunde abgehalten wurde. Die Gespräche sind in elf Blöcke strukturiert, von Justizzusammenarbeit über Verkehr bis zu Energie, wobei London noch gar nicht zu allen Themen Textentwürfe vorgelegt hat. In drei Bereichen zeichnen sich Grundsatzkonflikte ab. Erstens zielt sich Grossbritannien, europäischen Fischern Zugang zu britischen Fischgründen zu gewähren. Zweitens verlangt Brüssel ein institutionelles Dach mit Regeln zur Streitbeilegung für alle Verträge. Und drittens will die EU London nur zollfreien Zugang zum EU-Markt gewähren, wenn Grossbritannien EU-Regeln zu Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, Steuerpolitik oder Staatsbeihilfen beachtet. Brüssel befürchtet, die Briten könnten sich mit tiefen Produktionsstandards Wettbewerbsvorteile verschaffen, London hingegen will den Binnenmarkt verlassen und sich nicht mehr an dessen Regeln binden.

Verschiebung wäre teuer

Angesichts der Komplexität gibt es auch britische Stimmen, die auf eine Änderung des Fahrplans dringen. In einem Video-Interview mit Korrespondenten europäischer Zeitungen erklärte der Kabinettsminister von Johnsons Vorgesängerin Theresa May, David Lidington, die Corona-Krise mache eine Verlängerung der Übergangsfrist «unausweichlich», weil in London und in den EU-Hauptstädten schlicht die Ressourcen für den Brexit fehlten. Regierungen in aller Welt haben derzeit andere Prioritäten, als mit London Handelsverträge auszuhandeln, und britische Wirtschaftervertreter signalisieren, dass sie nach dem Corona-Schock einen Brexit-Schock verhindern möchten. In der Öffentlichkeit könnte Johnson laut Umfragen auf Verständnis zählen, sollte ihn die Pandemie zu einer Verschiebung zwingen.

Doch aus Sicht der Regierung gibt es auch politische Gründe gegen eine Verschiebung: Nicht nur hat das Unterhaus eine Verlängerung der Übergangsperiode gesetzlich untersagt, für hartgesottene Brexit-Befürworter beleidigt die EU-Passivmitgliedschaft auch den Nationalstolz. Eine Ersetzung der Übergangsfrist wäre mit weiteren (und womöglich höheren) britischen Zahlungen in den EU-Haushalt verbunden, der für die Periode von 2021 bis 2027 wegen der Pandemie aufgestockt werden könnte. Zudem betonen Brexit-Fans die unstrittenen Konflikte im Ringen mit Brüssel liessen sich auch mit mehr Verhandlungszeit nicht leichter lösen.

Nicht offen kommuniziert wird hingegen die Erwartung, dass sich die Kosten, die mit einem neuen Handelsregime oder gar mit einem harten Bruch mit der EU einhergehen, im Schatten der Corona-Krise wohl viel leichter kaschieren liessen. Bis im Juni kann noch einiges passieren. Am Ende wird entscheidend sein, welches Kalkül Johnson nach seiner Rückkehr an die Downing Street in der Gemengelage von Pandemie, Wirtschaftskrise und Brexit verfolgt.

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, www.nzz.ch Wetter: 13, TV/Radio: 26, Traueranzeigen: 6, Impressum: 13



Pfr. Andrea Marco Bianca – bianca.ch/kirche/corona Reformierte Kirchgemeinde Küsnacht – rkk.ch